

# Mitglieder der Begleitgruppe

---

Michael Berendt (**Umweltbeirat** der Stadt Geesthacht)

Katrin Uden-Brunn (**Umweltbeirat** der Stadt Geesthacht)

Bettina Boll (**BUND**, Geesthachter Ratsmitglied, **Bündnis 90 - Die Grünen**)

Jörg Kunert (**Geesthachter Bürger**, Vereinsvorsitzender VFL Geesthacht)

Marion Lewandowski (**AKW Nee, Bergedorf**)

Bernd Redecker (**Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom**)

Karl-Hermann Rosell (Geesthachter Ratsmitglied, **CDU**)

Werner Flindt (**SPD, Geesthachter Bürger**)

Dirk Seifert (**Umweltfairändern**)

Horst Teichmann (**Bürgerinitiative Geesthacht**)

**Geesthachter BürgerInnen**

**KommunalpolitikerInnen**

**Lokale und überregionale Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände**

---

## Ziele aus Selbstverständnis

Gemeinsames Ziel: die **Stilllegung der Atomanlagen** der ehemaligen GKSS **so sicher wie möglich** zu gestalten und in diesem Sinn gemeinsame Wege für den Umgang mit den radioaktiven Hinterlassenschaften zu finden.

Konkrete, anlagenbezogene Prüfung aber auch als **Teil der gesellschaftlichen Debatte über** einen verantwortungsvollen und einvernehmlichen Umgang mit den **Folgen der Atomenergie**.

Wir verstehen uns als Diskussionspartner gegenüber dem HZG und als Vertreterin der Öffentlichkeit. Ziel ist **weitgehende Transparenz, Information, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit**.

---

- Wahl von Silke Freitag als Moderatorin des Prozesses
  - Formulierung des Arbeitsauftrages für die Moderation (Mitbestimmung nicht nur Informationsveranstaltungen)
  - Verschiebung des Stilllegungsantrags
  - externen Begutachtung des Stilllegungsantrages durch den von der BG vorgeschlagenen Gutachter Wolfgang Neumann
  - Erweiterung auf die historische Betrachtung (Keine Tabus in der Themenwahl)
  - Offenes Angebot an alle (Keine Vorauswahl der TeilnehmerInnen)
-

Pläne zum Rückbau des RDB Otto-Hahn wurden auf Druck der Begleitgruppe vorgezogen.

- Vorzeitige Finanzierung durch das BMBF
- Sicherheitsgewinn durch die Möglichkeit die Nutzung der Heißen Zellen
- Bessere Beteiligung der Öffentlichkeit durch die Verbindung beider Projekte in einem Verfahren

HZG-Dialog hat bewirkt, dass hier die Auslegungsunterlagen umfangreich und detaillierter sind, als an allen anderen Rückbaustandorten und auch eine echte Alternativenprüfung enthalten.

- Damit ist ein zentraler Einwendungsgrund in anderen Verfahren schon im Vorfeld ausgeräumt
- Auslegungsunterlagen auch im Internet verfügbar
- Nach kontroverser Diskussion erfolgte Einigung mit dem MELUR, dass auch ergänzende (nicht rechtlich bindender) Unterlagen auf der Homepage des HZG veröffentlicht werden.

Nach 4 ½ Jahren zum Teil sehr kontroverser Diskussion läuft der Prozess weiter. Alleine das ist ein Erfolg.

---

## Was ist noch zu tun?

---

Die Begleitgruppe hat weiterhin keinen rechtlichen Status.

- HZG könnte jederzeit den Dialog beenden.
- Beim Erörterungstermin besteht nur dann ein Rederecht, wenn auch eine Einwendung erfolgt.
- Klagemöglichkeiten existieren ebenfalls nur für EinwenderInnen.
- Schon um im Prozess zu bleiben, muss die Gruppe daher eine Einwendung schreiben.

Verschiedene Punkte, die in anderen Verfahren zu Einwendungen führten wurden durch den HZG-Dialog schon im Vorfeld ausgeräumt, dennoch gibt es auch für die Begleitgruppe Themen mit erheblichem Diskussionsbedarf.

---

Mit der Genehmigung endet die rechtlich vorgesehene Beteiligung obwohl am Standort über Jahrzehnte Rückbaumaßnahmen erfolgen und Atommüll gelagert wird.

=> Hier fordern wir mindestens eine weitere öffentliche Beteiligung nach 5 Jahren, um auf bisherige Erfahrungen eingehen zu können.

Die Antragsunterlagen machen keine Aussagen zur Strahlenbelastung durch die Atomtransporte im Rahmen des Rückbaus. Daher können von EinwenderInnen die folgenden Fragen nicht beurteilt werden:

Wie ist die Belastung von Menschen im direkten Umfeld?

Müssen Maßnahmen zum Schutz des Kindergartens auf dem HZG-Gelände getroffen werden?

Was ist, wenn alle Transporte an meinem Haus vorbei müssen?

Gibt es kumulative Effekte wenn auch die Transporte aus dem Rückbau des AKW Krümmel die gleichen Wege benutzen?

---

Die Höhe der Abgabegrenzwerte ist für die Begleitgruppe nicht nachvollziehbar

- Minimierungsgebot sollte höchstes Ziel sein.
- z.B. radioaktive Aerosole 1000 x über Realabgabe im Betrieb.
- ein Grenzwert für den gesamten Zeitraum, obwohl der wesentliche Teil des radiologischen Inventares bereits im ersten Arbeitsschritt verpackt wird.

=> Hier fordern wir reduzierte, in mehreren Schritten absinkende Abgabegrenzwerte.

Die Begleitgruppe lehnt die aktuelle Freigabep Praxis nach § 29 StrSchV ab.

- 99 % in den „normalen“ Rest- und Wertstoffkreislauf
  - Bisherige Konzepte werden an keinem Standort akzeptiert
  - Erhebliche Zweifel an der wissenschaftlichen Grundlage der Grenzwertberechnung bleiben
  - Ansätze für andere Konzepte sind vorhanden, diese und die anstehende Änderung des Bundesstrahlenschutzgesetzes müssen Berücksichtigung finden.
-

Auch wenn die Gesamtbilanz positiv ausfällt, möchten wir nicht den Eindruck erwecken, dass der HZG-Dialog die Beteiligung der breiten Öffentlichkeit ersetzt oder gar überflüssig macht.

Wir wünschen uns, dass sich über die Begleitgruppe hinaus, möglichst viele Menschen mit den Unterlagen und den Themen beschäftigen.

---